

RegiON

Infomagazin des Verbands Region Stuttgart

02 | 2024

BÜRGERBETEILIGUNG

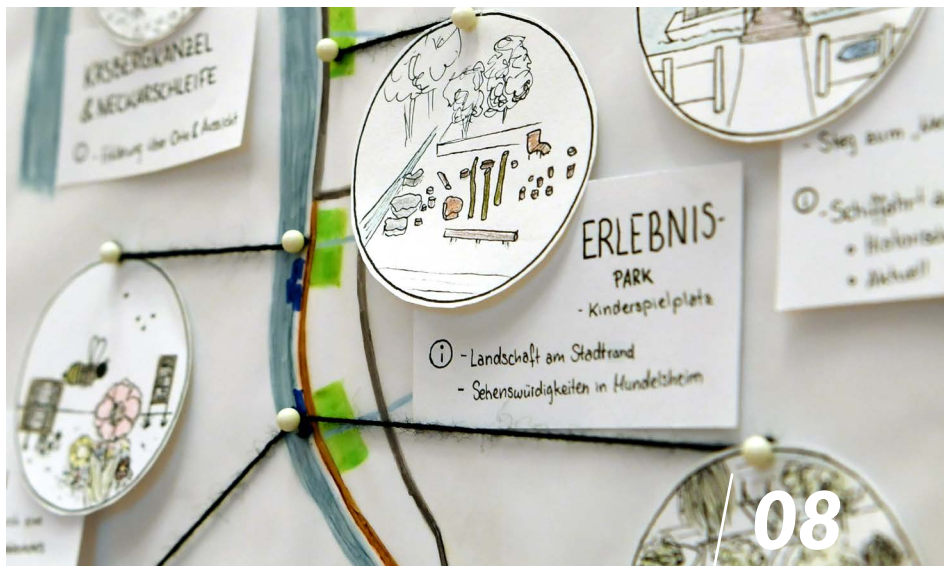
Die Region im Dialog mit der Bevölkerung

MÖGLICHKEITEN, CHANCEN, HERAUSFORDERUNGEN
So kann eine Politik des Mitredens funktionieren

DIREKTE MITBESTIMMUNG SEIT 30 JAHREN
2024 ist Wahljahr für die Regionalversammlung



INHALT



04 EXPERTENBEITRAG

Bürgerbeteiligung der Zukunft

08 INTERVIEW

In die Breite der Gesellschaft hineinhören

10 WINDKRAFT, NAHERHOLUNG, DEPONIE:

So bindet der Verband Region Stuttgart die Bevölkerung bei wichtigen Entscheidungen ein.

16 DIE REGIONALWAHL

Regionale Demokratie seit 30 Jahren

18 KOMMUNENPORTRÄT

Aichtal

22 ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

Regionalwahl



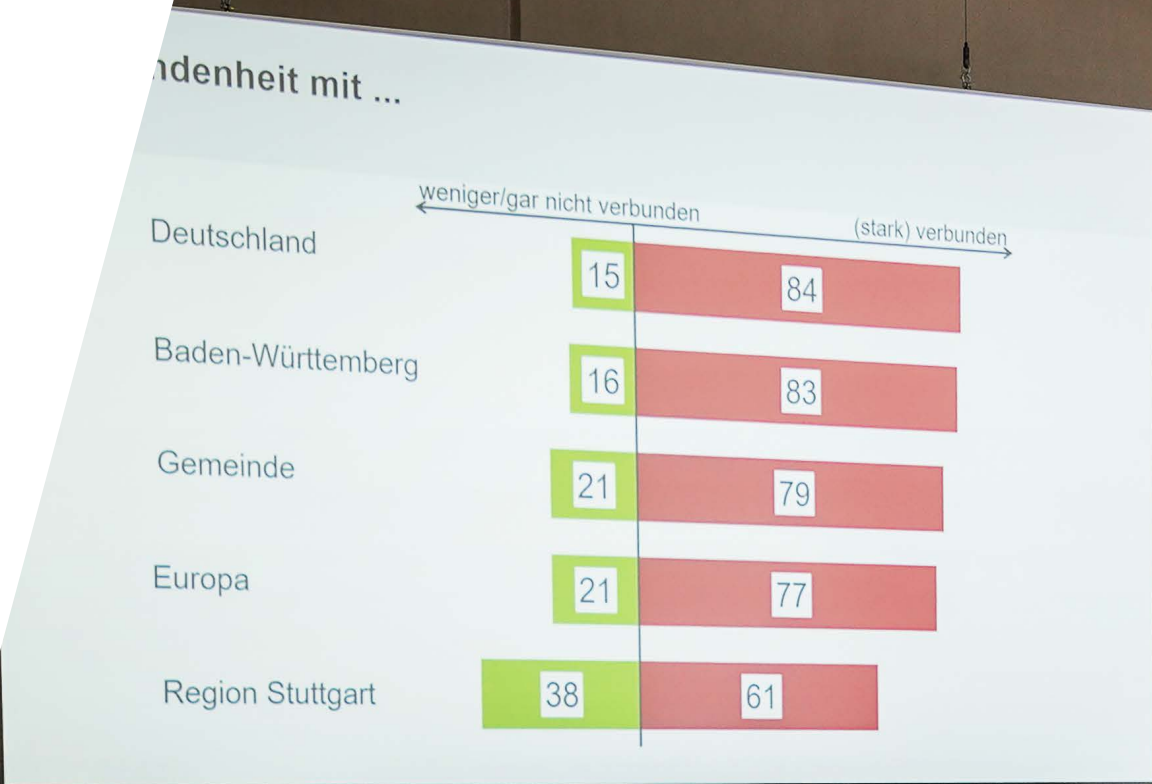
Liebe Leserinnen und Leser,

wir beim Verband Region Stuttgart glauben fest daran, dass die besten Ideen in Zusammenarbeit entstehen. Insbesondere der Austausch mit den Menschen vor Ort als Expertinnen und Experten für ihr direktes Lebensumfeld und die lokalen Gegebenheiten ist uns wichtig. Dabei wollen wir neue Wege einschlagen und sind neugierig, was diese zutage fördern. So haben wir mit der Dialogreihe „RegioNah“ die Menschen in der Region digital und vor Ort eingeladen, unser Freizeitangebot weiterzuentwickeln und mitzugestalten (S. 12). Das machen wir für die Menschen, die bereits hier leben und für die dringend benötigten Arbeitskräfte.

Zunehmende Digitalisierung, steigender Energiebedarf und der ökologisch-nachhaltige Wandel stellen nicht nur Industrie und Wirtschaft vor Herausforderungen, sondern die gesamte Region. Dies erfordert einen gut überlegten Umgang mit den verfügbaren Flächen. Dabei müssen und wollen wir die Bevölkerung beteiligen. Derzeit arbeiten wir intensiv am Planungsverfahren für Wind- und Solarenergie (S. 13) und suchen nach geeigneten Orten für Deponien (S. 14). Wenn dabei zwangsläufig gegenteilige Interessen aufeinandertreffen, ist es unsere Aufgabe als Verband Region Stuttgart, einen konstruktiven und ausgewogenen Umgang damit zu finden.

Partizipative Ansätze ziehen sich durch die ganze Region. Beispiele finden sich in vielen Kommunen. So soll in Aichtal eine neue Ortsmitte entstehen, und die Ortsverwaltung sucht zusammen mit der Bevölkerung die bestmögliche Lösung (S. 18).

Alexander Lahl
Dr. Alexander Lahl, Regionaldirektor



BÜRGERBETEILIGUNG DER ZUKUNFT

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts zeigen sich deutliche gesellschaftliche Trends in Richtung Urbanisierung und Individualisierung. Viele Gesellschaften sind durch einen demografischen Wandel hin zu einer „ergrauten Gesellschaft“, durch Migration zu stärker multikulturellen Konstellationen und – sich mit diesen Trends oft überlappend – durch starke soziale Ungleichheiten geprägt. Neben zusätzlichen externen Schocks wie globalen Konflikten und Kriegen, der hieraus resultierenden Energiekrise sowie dem Klimawandel sind die Aufgaben für die kommunale regionale und nationale Politik breit gefächert. Das politische System und die Demokratie sind dabei einer zunehmenden Kritik am repräsentativen Parteiensystem und einer rechtspopulistischen, häufig über Verschwörungstheorien geleiteten Mobilisierung ausgesetzt.

EXPERTENBEITRAG von Professor Dr. Norbert Kersting, Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft – Kommunal- und Regionalpolitik



**„Ein Mix zwischen
Offline- und Online-
Partizipation ist ein
vielversprechender Weg.“**

Professor Dr. Norbert Kersting

Bürgerbeteiligungsprojekte müssen in der Evaluation als erstes die Frage der Zielsetzung aufgreifen. Warum implementiert man bestimmte Projekte? Dient die Beteiligung einem allgemeinen Brainstorming oder konkreter Planung? Zielt sie eher auf ein Monitoring, Management von Beschwerden oder auf Konfliktlösungen ab? Oder stehen weitere Ziele wie Vernetzung der Zivilgesellschaft im Vordergrund?

Zweitens umfasst die Evaluation die Frage nach Inklusion. Wer nimmt teil? Sind bestimmte Gruppen ausgeschlossen?

Die dritte Frage fokussiert auf die Qualität des Beteiligungsprozesses und das „Wie“ der Umsetzung. Sie analysiert die Qualität der Diskurse im Projekt. Letztendlich muss Bürgerbeteiligung sich an der Zielerreichung messen lassen. Welchen Effekt hat sie und werden die eingebrachten Ideen umgesetzt oder zumindest in höhergestellten politischen Gremien weiterdiskutiert?

Analog oder digital?

Analoge Beteiligungs-Instrumente haben insbesondere seit den neunziger Jahren einen Schub erhalten. Dabei wurden auch neue deliberative (von lateinisch deliberare, erwägen, überlegen, beratschlagen, bedenken) Instrumente installiert, deren Kernprinzip es ist, dass durch Beratung sachlicher Argumente ein Konsens durch Überzeugung gelingt. Bei diesen analogen deliberativen Verfahren zeigen sich abhängig vom Themenfeld und von der Akteurskonstellation Vorteile dreier Typen politischer Beteiligung: offene Foren, Mini-Publics (Bürgerräte) und Beiräte für organisierte Interessen (Stakeholder-Konferenzen für Partikularinteressen und besondere Interessensgruppen). Zu diesen gehören zum Beispiel Kinder- und Jugend-Parlamente, Integrations-Räte, Ortsbeiräte, Seniorenbeiräte und Behindertenbeiräte. Diese haben zu einer Verbesserung der Entscheidungsprozesse in vielen Kommunen geführt.

Im neuen Millennium wurden in nahezu allen größeren Kommunen Bürgerhaushalte implementiert, die in Deutschland weniger deliberativ aufgestellt waren. Dabei wurde in Deutschland der Schwerpunkt weniger auf die Vernetzung von sozialen Gruppen gelegt, sondern vielmehr auf ein digitales Vorschlagswesen. Zudem wurde in Deutschland lange Zeit der finanzielle Rahmen nicht präzise definiert. Erst mit einem neuen Trend in Richtung Bürgerbudgets wurden höhere Beträge bereitgestellt und somit auch größere Projekte möglich.

Waren Bürgerhaushalte und Bürgerbudgets lange Zeit die dominanten (digitalen) Partizipations-Instrumente, wurde in der jüngeren Vergangenheit, nicht zuletzt aufgrund einer erhöhten Nachfrage nach Beteiligungsmöglichkeiten aus der Bürgerschaft, ein weiteres Instrument revitalisiert. Bereits in den achtziger Jahren wurde von einigen die Planungszelle propagiert, die über Zufallsauswahl alle Bevölkerungsgruppen in die Entscheidungsfindung einbindet. In diesen Mini-Publics oder Bürgerräten zeigt sich nun in vielen Städten die Möglichkeit, parallele demografisch repräsentative Mini-Publics zu installieren, die die gewählten Vertreterinnen und Vertreter im Gemeinderat sowie die Verwaltungen unterstützen.

Es ist bemerkenswert, dass die Mehrzahl der demokratischen Innovationen (insbesondere Beiräte) wie auch die direkte Demokratie insgesamt von den gewählten Repräsentanten in den Gemeinderäten überwiegend sehr positiv gesehen werden. Dagegen werden reine Online-Beteiligungsverfahren wie auch die auf einer Zufallsauswahl der Teilnehmer basierenden Bürgerräte von den Ratsmitgliedern eher kritisch gesehen. Dennoch werden Bürgerräte in den nächsten Jahren in der Mehrzahl aller, wenn nicht sogar in allen größeren Kommunen implementiert werden und ebenfalls die regionale und nationale politische Ebene anreichern.

Empirische Studien zeigen zudem, dass partizipative Onlineverfahren sich zwar sehr gut für Informationsvermittlung (das Internet als Gedächtnis für Institutionen) eignen und auch die Mobilisierung hierüber leichter gelingt; Probleme zeigen sich aber bei der Kommunikation. Die Qualität der Beteiligung in Online-Diskussionsinstrumenten ist oft sehr schlecht. Diskussionen finden oft nicht statt. Onlineforen sind oft eher durch Monologe und Selbstdarstellung, wenn nicht sogar durch Hassrede und Informationsblasen geprägt.

In den letzten Jahren haben sich Video-Konferenzen als wichtiges zusätzliches Online-Beteiligungsinstrument weiterentwickelt. Diese können gemeinsam mit kollaborativen Whiteboard-Instrumenten zum Brainstorming und zur Priorisierung genutzt werden.

Bei guter Moderation ermöglichen sie insbesondere in kleineren Gruppen qualitativ hochwertige Diskussionen und Ergebnisse. Dies gilt insbesondere dann, wenn sie mit Face-to-Face-Veranstaltungen kombiniert werden.

Weitere vielversprechende Instrumente wie zum Beispiel Augmented Reality- oder Virtual Reality-Anwendungen in Planungsprozessen werden, auch aus Kostengründen, weiterhin nur sporadisch genutzt. Es zeichnet sich ab, dass in Zukunft die Nutzung anderer Informationsquellen und künstlicher Intelligenz bei der Informationsaufbereitung für und die Dokumentation von Beteiligungsverfahren eine große Rolle spielen wird. Durchgesetzt haben sich bereits jetzt in vielen Städten Online-Plattformen. Diese halten nicht nur einen weiteren Kommunikations- und Informationskanal zu kommunaler Politik bereit. Sie umfassen häufig auch Module für Online-Konsultationen und Diskussionen, ein Beschwerdemanagement und Funktionen, die beispielsweise Abstimmungen oder die Durchführung von Bürgerhaushalten und Bürgerbudgets ermöglichen. Idealerweise erleichtern sie der Bevölkerung den Zugang zu Beteiligungsverfahren und ermöglichen die Nutzung verschiedener Beteiligungsinstrumente unabhängig von Zeit, Ort und verfügbaren Endgeräten (Desktop, Tablet, Smartphone).



Resümee Blended Participation

Unter dem Stichwort der digitalen Spaltung („digital divide“) wurden allzu optimistische Sichtweisen auf rein digitale demokratische Entwicklungen („Cyber-Demokratie“) in der Vergangenheit immer wieder problematisiert. Deutlich wird dabei, dass im Gegensatz zu einem rein digitalen Fokus ein Mix zwischen Offline- und Online-Partizipation („Blended Participation“) ein vielversprechender Weg ist.

Zentrale Probleme moderner Gesellschaften wie Interkulturalität und Integration, die demografische Entwicklung, Betreuung von Kindern und Pflege von Senioren, aber auch die Energiewende können lokal oder sogar sub-lokal in den Nachbarschaften elöst werden. Hierfür sind unter anderem soziale Innovationen und bürgerschaftliches Engagement von Nöten. Dieses muss letztendlich aber mit neuen demokratischen Innovationen und neuen Formen der politischen Partizipation gekoppelt werden. Dabei muss diese die Vorteile der digitalen Beteiligung in Bezug auf Mobilisierung und Information aufgreifen und mit den Möglichkeiten deliberativer Verfahren verknüpfen, die gleichzeitig eine stärkere Vernetzung und einen besseren Zusammenhalt auf der Ebene der Nachbarschaften bewirken.

//

IN DIE BREITE DER GESELLSCHAFT HINEINHÖREN

Wie binden Land und Kommunen Bürgerinnen und Bürger ein? Wie wird zivilgesellschaftliches Engagement gefördert und somit die Demokratie gestärkt? Und wie gelingt es, dass neben kritischen Stimmen auch die „Stillen“ zu Wort kommen? In den letzten Jahren und Jahrzehnten hat sich viel getan, nicht nur in den Methoden der Einbindung der Bevölkerung bei politischen Entscheidungen, sondern auch in der Haltung von Politik und Verwaltung.

INTERVIEW mit Barbara Bosch, die seit 2021 Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung der Landesregierung Baden-Württemberg ist. Im Mai 2019 wurde ihr von Ministerpräsident Winfried Kretschmann der Verdienstorden des Landes Baden-Württemberg verliehen.



„Die Menschen stehen mehrheitlich hinter der repräsentativen Demokratie.“

Barbara Bosch

Warum gilt Baden-Württemberg eigentlich als Musterland für Bürgerbeteiligung?

Wir haben nach dem Konflikt um Stuttgart 21 die richtigen Konsequenzen gezogen. So wurde zunächst ein Leitfaden für eine neue Planungskultur entwickelt, der seit zehn Jahren angewendet wird. Als erstes Bundesland haben wir ein Beteiligungsportal geschaffen, das rege genutzt wird. Die Landesregierung wird bei wichtigen Gesetzesvorhaben von sich aus Bürgerforen anwenden. Mit diesen können wir in einem frühen Stadium Ideen einsammeln und hören in die Breite der Gesellschaft hinein. Dazu haben wir seit Februar 2021 das Gesetz über die Dialogische Bürgerbeteiligung. Es erlaubt uns, Menschen für Beteiligungsprozesse auszulosen. In Bürgerforen werden die Ausgelosten dann umfassend informiert und erarbeiten Empfehlungen an die Politik. Das stärkt die Entscheider und die Demokratie.

Welche Möglichkeiten haben Bürgerinnen und Bürger hier, sich zu informieren und an Entscheidungen teilzuhaben?

Eine Aufgabe unseres Beteiligungsportals ist es, über Beteiligung zu informieren. Es geht um Beteiligungsrechte, wie das Recht, ein Bürgerbegehren oder einen Einwohnerantrag zu initiieren. Wir geben Einblick in die Praxis und die Methoden der Dialogischen Bürgerbeteiligung. Und die Bürgerinnen und Bürger können selbst aktiv Stellungnahmen zu Vorhaben der Landesregierung abgeben.

Im Bürgerforum werden die Teilnehmenden über den verhandelten Gegenstand ausführlich informiert. Ziel ist es, den Sachstand und die Abwägungsgründe darzustellen. Wichtig: Auch kritische Stimmen kommen zu Wort. Alle Argumente pro und contra müssen auf den Tisch. Die Mitglieder eines Bürgerforums sollen ausreichend Einblick und Wissen erlangen, um am Ende ihrer Beratung eine qualifizierte Stellungnahme abgeben zu können. Dazu wollen wir sie befähigen. Und das gelingt auch.

Was sind die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bürgerbeteiligung?

Es ist wichtig, die Rahmenbedingungen klar zu ziehen. Es gibt immer Umstände, die Vorhaben einschränken, wie rechtliche Vorschriften oder die finanziellen Spielräume. Hinzu kommt, dass der Gegenstand in einer Beteiligung konkret und streitig sein sollte. Dann sind die Empfehlungen des Bürgerforums auch präziser. Außerdem braucht es noch die Perspektive, wie mit den Empfehlungen umgegangen wird. Selten kann man eine Empfehlung 1:1 umsetzen. Das wird auch akzeptiert. Letztlich geht es um die Haltung von Politik und Verwaltung, um deren Bereitschaft für einen offenen Ausgang der Beratung.

Wie können sich Verwaltungen vorbereiten, um Beteiligungsprozesse transparent und zielführend zu gestalten?

Dialogische Bürgerbeteiligung ist kein alltägliches Verwaltungsgeschäft. Sie ist hilfreich, weil sie Themen auf die Sachebene zurückholt und dadurch politische Entscheidungen gut vorbereitet. Die Durchführung braucht jedoch Erfahrung und nicht zuletzt Mut, sich den Empfehlungen zu stellen. Deshalb bieten wir allen Behörden im Land ganz konkrete Hilfe für Beteiligungsprozesse an: Die Servicestelle Dialogische Bürgerbeteiligung unterstützt die Behörden mit Beratung und Dienstleistungen. Und zwar auf allen Ebenen, von der Landesverwaltung über die Regionalverbände und Landkreise bis hin zu den Rathäusern großer wie kleiner Kommunen. Sie alle können auf dieses Angebot zugreifen.

Gibt es auch „zu viel“ Bürgerbeteiligung? Müssen Bürgerinnen und Bürger an allem aktiv beteiligt werden?

Es gibt kein Thema, das man nicht auch mit Bürgerbeteiligung behandeln könnte. Die Frage ist, ob der Aufwand zu rechtfertigen ist. Das kann man bei konfliktträchtigen Vorhaben oder bei wegweisenden Entscheidungen annehmen. Im Leitfaden für eine neue Planungskultur haben wir deshalb das Beteiligungsscoping eingeführt: Alle relevanten Themen kommen auf den Tisch. Alle Akteure werden angesprochen. Damit stellt man fest, ob es der Beteiligung bedarf.

Befragungen bestätigten: Die Menschen stehen mehrheitlich hinter der repräsentativen Demokratie. Gemeinderäte und der Landtag sollen Entscheidungen für die Menschen treffen. Diese wollen aber zuvor gefragt und gehört werden, bevor Politik und Verwaltung entscheiden. Diesen Wunsch können wir erfüllen.

Wer direkt betroffen ist oder eine gute Lobby hat, ist automatisch lauter. Wie sorgen wir dafür, dass alle Mitglieder der Bevölkerung gehört werden bei einer Beteiligung?

Die Stillen brauchen in der Tat eine Stimme. Die Dialogische Bürgerbeteiligung hilft dabei. Das entscheidende Instrument ist die Zufallsauswahl. Wir ziehen eine repräsentative Stichprobe von Menschen aus dem Melderegister. Die laden wir dann zu einem Beteiligungsprozess ein. Aus den Rückmeldungen lösen wir, nach soziodemografischen Eigenschaften gewichtet, die finalen Mitglieder eines Bürgerforums aus. Mit der Gewichtung gewährleisten wir, dass gleich viele Männer wie Frauen teilnehmen, dass wir Menschen mit Migrationshintergrund dabei haben und Menschen mit unterschiedlichen Bildungsabschlüssen. Ergebnis: kein repräsentatives, aber dennoch ein vielfältiges Abbild der Bevölkerung im Bürgerforum.

//



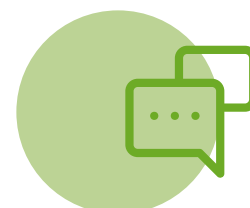
Viel mehr als formale Verfahren DER WEG DER REGION STUTTGART

Die Region Stuttgart, die für ihre innovative Wirtschaft und exzellente Lebensqualität bekannt ist, nimmt auch politisch eine Sonderstellung ein: Als erste Region in Deutschland verfügt sie über eine direkt gewählte politische Vertretung, die Regionalversammlung. Diese Verbindung zu den Bürgerinnen und Bürgern prädestiniert die Region dazu, in Sachen Bürgerbeteiligung neue Wege zu gehen und dabei mögliche Hemmschwellen bei den Menschen abzubauen.



Aktuell zeigt sich dieses Engagement in verschiedenen Bereichen, von der Förderung von Naherholungsgebieten über den Ausbau erneuerbarer Energien bis hin zur transparenten Suche nach einem geeigneten Standort für eine neue Deponie. Dabei reicht das Spektrum der Themen von kontrovers diskutierten Fragen bis zu allseits beliebten „Wohlfühlthemen“, die jedoch alle einen signifikanten Einfluss auf die Lebensqualität der Menschen in der Region haben. Deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Bevölkerung mitreden und aktiv mitgestalten kann. Der Verband Region Stuttgart nutzt dafür eine Vielzahl von Formaten und Kanälen, die von traditionellen Methoden bis zu digitalen Plattformen reichen, um so das demokratische Fundament zu stärken und nachhaltige Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit zu entwickeln.

Alle Bevölkerungsgruppen werden eingebunden.
Für die Naherholung am Wasser wurden Studierende zu einem Ideen-Workshop geladen.



RegioNah Gemeinsam für verbesserte Naherholungsangebote

RegioNah steht exemplarisch dafür, wie der Verband Region Stuttgart echte Teilhabe lebt und umsetzt, um die Region weiterhin zukunftsfähig zu gestalten. Zwischen dem 23. Januar und dem 10. März wurde die Bevölkerung eingeladen, ihre Ideen zur Aufwertung von Naherholungsangeboten einzubringen.

Dazu fanden in allen Landkreisen und der Landeshauptstadt Veranstaltungen statt. Unter dem Leitmotiv „Das wäre, wenn ...“ hatten Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, ihre Vorstellungen von attraktiven Aufenthaltsplätzen am Wasser, an Rad- und Wanderwegen sowie Biotopen einzubringen und darüber zu diskutieren, was für eine Verbesserung der Naherholung wichtig ist. Wer nicht zu einer der Veranstaltungen kommen konnte oder wollte, hatte dennoch die Chance, sich einzubringen. Bis zum 10. März war eine digitale Karte freigeschaltet, um eigene Ideen oder Hinweise ortsgenau eintragen zu können.

Auch die Kommunen hatten Projekte und Ideen vermerkt, die die Bevölkerung wiederum kommentieren konnte.



Vor Ort oder online konnten die Bürgerinnen und Bürger ihre Ideen zur Naherholung einbringen.

RegioNah mündete in 657 Vorschläge aus der Bevölkerung, Hinweise von 100 Kommunen und über 200 Kommentare, die jetzt vom Verband sorgfältig ausgewertet und weiterentwickelt werden. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Umsetzung ausgewählter Ideen in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen. Dabei unterstützt ein Kofinanzierungsprogramm des Verbands, das jährlich 1,5 Millionen Euro bereitstellt, um bis zu 50 Prozent der Kosten zu decken. Dies bedeutet aber kein Ende der Bürgerbeteiligung. Ein Angebot mit Leitfragen zu Lieblingsplätzen und zum Einbringen von Tipps und Ideen soll dauerhaft etabliert werden. Zusätzlich sollen Naturerlebnisangebote, Landschaftsparkprojekte und Freizeitrouten in einer separaten digitalen Freizeitkarte und -App dargestellt werden: ein Format mit hohem Gebrauchswert.

„RegioNah“ auf einen Blick

Zeitraum: Veranstaltungen vom 23. Januar bis 22. Februar 2024, Onlinebeteiligung bis 10. März 2024

Orte: Stuttgart, Böblingen, Ludwigsburg, Göppingen, Waiblingen, Esslingen

Ziel: Verbesserung von Naherholungsangeboten durch Bürgerbeteiligung

Digitaler Beitrag: Ideensammlung über die Plattform www.region-stuttgart.org/mitmachen

Ergebnis:

rd. 660

Ideen und Vorschläge aus der Bevölkerung

100

Kommunen haben Ideen eingebracht

ca. 200

Kommentare aus der Bevölkerung

Windkraft und Solar

Aktiv die Energiezukunft mitgestalten

Mit der Regionalen Planungsoffensive wollen das Land Baden-Württemberg und die 12 Regionalverbände so schnell wie möglich die Flächen für erneuerbare Energien sichern. Der Verband Region Stuttgart hat ein klares Ziel: Mindestens 1,8 Prozent der Fläche müssen für Windenergie ausgewiesen werden.

Um dieser Herausforderung gerecht zu werden, hat der Verband zwischen November und Dezember eine Reihe von Informationsveranstaltungen durchgeführt. Über 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, darunter Mitglieder aus dem Landtag und der Regionalversammlung, brachten ihre Fragen und Anmerkungen ein. Über eine Onlineplattform konnten Interessierte alle relevanten Informationen abrufen und online Stellungnahmen einreichen, zusätzlich zum klassischen postalischen Weg. Zeitgleich konnten die entsprechenden Planunterlagen in den Landratsämtern, bei der Stadt Stuttgart sowie in der Geschäftsstelle des Verbands Region Stuttgart öffentlich eingesehen werden. Sie sind nach wie vor digital verfügbar.

Über 1.000 Menschen haben sich bei sieben Veranstaltungen über mögliche Vorranggebiete für Windkraft in der Region informiert.



Die Dokumentation der Informationsveranstaltungen und alle Planunterlagen sind auch nach Abschluss der formalen Beteiligungsphase online zugänglich, um eine breite Beteiligung und Transparenz zu gewährleisten. Über 6.500 eingegangene Stellungnahmen werden nun von den Fachleuten der Geschäftsstelle des Verbands sorgfältig geprüft und fließen in die Entscheidungsfindung der Regionalversammlung ein. Alle eingebrachten Aspekte werden detailliert aufbereitet, damit die Regionalrätinnen und Regionalräte die besten Grundlagen haben, um ihre Entscheidung zu diskutieren und abzuwägen. Die Anregungen in den Stellungnahmen werden nach Abschluss des Verfahrens beantwortet.

Im nächsten Schritt folgt ein ähnliches Verfahren für den Ausbau von Freiflächenphotovoltaik. Auch hier wird der Verband den Planentwurf und die Vorgehensweise erläutern und den Menschen entsprechend Rede und Antwort stehen. Zudem soll auch dieses Verfahren sowohl analog als auch digital durchgeführt werden. Wie viele Veranstaltungen dazu konkret stattfinden, ist derzeit noch offen.

Windenergieplanung auf einen Blick

Veranstaltungen: 6 Termine vor Ort zwischen Geislingen an der Steige und Vaihingen an der Enz sowie ein digitaler Termin

Ziel: Erläuterung der Planunterlagen und Einbindung von Bürgerhinweisen in das Verfahren

Teilnehmer: Über 1.000 Personen einschließlich Akteure aus der Politik und Bürgerinitiativen

Digitaler Beitrag: Internetseite mit Informationen und der Möglichkeit, Stellungnahmen abzugeben. Weiterführende Informationen verfügbar auf der Webseite des Verbands Region Stuttgart unter www.region-stuttgart.org/wind

Ergebnis:

mehr als
6.500
Stellungnahmen



Wohin mit Stein, Schutt und Schotter?
In Bürgerforen werden Suchkriterien für
einen Deponiestandort weiterentwickelt.

Deponiestandortsuche Bürgerforen erarbeiten Vorschläge für Standortkriterien, Politik entscheidet



Deponiestandortsuche auf einen Blick

Ziel: Suche nach einem Deponiestandort für mineralische Abfälle und verunreinigten Bodenaushub

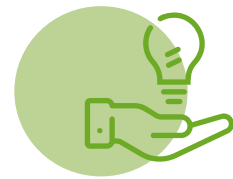
Verfahrensschritte: Bürgerbeteiligung, Beschluss zu Standortkriterien und potenziellen Deponiestandorten, Alternativenprüfung, Planfeststellungsverfahren

Vergaben/Module: Abfallmengen- und Bedarfsprognose, Prüfung von Verwertungsmöglichkeiten, Standortsuchverfahren

Die Region Stuttgart braucht einen neuen Standort für die Entsorgung mineralischer Abfälle. Anlass ist die absehbare Verfüllung der bestehenden Deponien. Die Region stellt sich der Herausforderung einer Standortsuche. Zu Beginn der Suche wird der Weg der dialogischen Bürgerbeteiligung vorgeschaltet. Diese wird in enger Zusammenarbeit mit der Servicestelle Baden-Württemberg durchgeführt und erhöht die Akzeptanz und Transparenz im Verfahren.

Im Zusammenspiel mit Umwelt- und Interessensverbänden und der Politik erarbeiten bis zu 40 zufällig ausgewählte Vertreter der Bürgerschaft Vorschläge für Standortsuchkriterien. Diese Vorschläge bilden eine Diskussionsgrundlage für die weitere Entscheidungsfindung über die Suchkriterien in den politischen Gremien der Region.

Parallel dazu wird in einer Abfallmengenprognose der künftige Bedarf an neuen Deponiekapazitäten ermittelt und nach Wegen zum Ausbau von Verwertungsmöglichkeiten gesucht. Ein Fachbüro wird daraus Anforderungen an potenzielle Deponiestandorte ableiten und dann mit der ergebnisoffenen Suche über die gesamte Region beginnen. Die Ergebnisse dieser Suche werden der Regionalversammlung zur weiteren Entscheidung vorgelegt. Nach einer vorläufigen Standortauswahl werden die weiteren Schritte in Richtung Planfeststellung in die Wege geleitet.

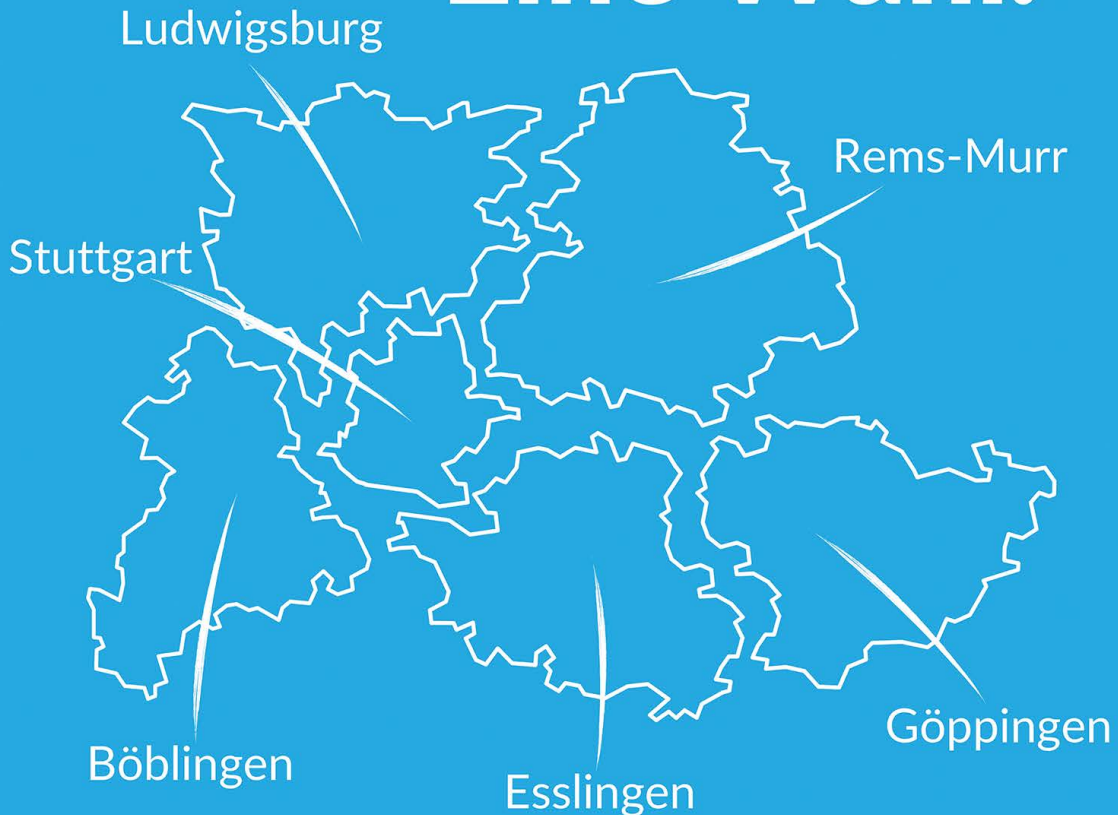


FAZIT

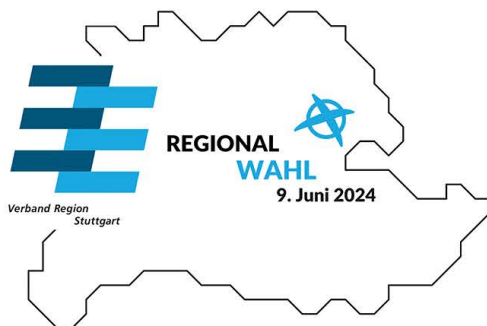
Die breite Palette von Projekten – von „RegioNah“ über die Beteiligung an der Wind- und Solarenergieplanung bis hin zur Deponiestandortsuche – zeigt, wie wichtig die aktive Einbindung der Bürgerinnen und Bürger ist. Diese Projekte beweisen, dass es möglich ist, auch komplexe und kontroverse Themen auf ganz unterschiedlichen Ebenen zu verhandeln und voranzutreiben. Die hohe Beteiligung und das Engagement der Bevölkerung sind eine wichtige Grundlage, um zu transparenten Entscheidungen und mehrheitlich getragenen Lösungen zu kommen.



Sechs Kreise. Eine Wahl.



Am **9. Juni** zur Regionalwahl gehen.



DEINE STIMME.

DEINE REGION.



Die Regionalwahl

Regionale Demokratie seit 30 Jahren

Alle fünf Jahre haben die Bürgerinnen und Bürger der Region Stuttgart die einzigartige Chance, die politische Landschaft ihrer Region aktiv mitzugestalten. Am 9. Juni 2024 ist es wieder so weit: die Wahl zur Regionalversammlung, dem „regionalen Parlament“, das entscheidend die Geschicke der Region lenkt.

Die Regionalwahl hat weitreichende Auswirkungen auf die Entwicklung der Region Stuttgart, die auch auf die angrenzenden Landkreise ausstrahlen. Die gewählte Regionalversammlung trifft Entscheidungen in Bereichen wie Verkehrsplanung, Wirtschaftsförderung, Umweltschutz und der Entwicklung regionaler Infrastrukturprojekte.

In diesem Jahr sind rund zwei Millionen Wahlberechtigte zum siebten Mal dazu aufgerufen, ihre Stimme abzugeben. Die Wahl, die zeitgleich mit der Kommunal- und Europawahl stattfindet, folgt den Grundsätzen der Verhältniswahl mit Listenvorschlägen. Die Regionalversammlung, bestehend aus mindestens 80 Mitgliedern, wird durch die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger aus der Landeshauptstadt Stuttgart sowie den Landkreisen Böblingen, Esslingen, Göppingen, Ludwigsburg und dem Rems-Murr-Kreis gewählt. Aufgrund der Möglichkeit von bis zu 16 Ausgleichssitzen kann die Mitgliederzahl nach der Wahl variieren, um eine proportionale Vertretung zu gewährleisten.

Die Wahl im Detail

Wer darf wählen: Bei der Regionalwahl kann man ab dem Alter von 16 Jahren mitbestimmen. Für die Wahlberechtigung sind zudem die deutsche Staatsangehörigkeit und die Mindestwohndauer im Verbandsgebiet von drei Monaten vor der Wahl notwendig. Personen, die aufgrund einer richterlichen Entscheidung vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, dürfen nicht teilnehmen. Dies betrifft nur einen sehr kleinen Teil der Bevölkerung und dient der Wahrung der Integrität des Wahlprozesses.

Kandidierende und Parteien: In diesem Jahr treten 657 Kandidatinnen und Kandidaten aus 13 Parteien und Wählervereinigungen an. Darunter sind 246 Frauen (37 Prozent) und 411 Männer (63 Prozent). Von den bereits in der Regionalversammlung vertretenen Parteien treten CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Wähler, SPD, AFD, FDP, Die LINKE, ÖDP und PIRATEN an. Hinzu kommen als neue Wahloptionen im Wahlkreis Stuttgart die Klimaliste Deutschland (KLIMALISTE) und Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS) sowie im Wahlkreis Ludwigsburg das Bündnis der Vielfalt (Vielfalt) und die Basisdemokratische Partei Deutschlands (dieBASIS). Wie viele Sitze pro Stadt- und Landkreis zu vergeben sind, richtet sich nach der jeweiligen Einwohnerzahl: für Stuttgart 18, für den Rems-Murr-Kreis 12, für Böblingen 11, für Esslingen 15, für Göppingen 8 und für Ludwigsburg 16 Sitze.

Wahlverfahren und Stimmenverteilung: Jede wahlberechtigte Person hat die Möglichkeit, ihre Stimme für eine der aufgestellten Listen abzugeben. Die Anzahl der Stimmen, die eine Liste erhält, bestimmt, wie viele Sitze sie in der Regionalversammlung einnehmen kann. Um die Wahl zugänglicher und inklusiver zu gestalten, sind Briefwahl und vorzeitige Stimmabgabe möglich, wodurch eine höhere Wahlbeteiligung angestrebt wird.



Die Regionalwahl ist eine einzigartige Gelegenheit für die Bürgerinnen und Bürger, ihre Stimme zu nutzen, um die politische Landschaft in der Region Stuttgart direkt mitzugestalten.

IN AICHTAL REDEN ALLE MIT

Die kleine Stadt hat viele Projekte vor der Brust, der Bürgermeister Sebastian Kurz will die Bevölkerung möglichst überall beteiligen. Warum? Und welche Rolle spielt das Internet?

Von Caroline Holowiecki



Bunt glasiert leuchten die Dachziegel des Kirchendachs im kleinsten Stadtteil von Aichtal.



Noch im Dornröschenschlaf: Damit die Neugestaltung des Ortskerns gut wird, muss die Bürgerschaft an Bord sein.

Das spitze Dach der Kirche Zu unserer lieben Frau leuchtet weithin sichtbar in den bunten Dachziegel-Farben der Häfner-Tradition des Ortes, vor dem Gotteshaus sind bunte Deko-Blumen und -Schmetterlinge auf der Wiese aufgestellt. Das war's aber so ziemlich mit der Lebendigkeit. Das Zentrum des Aichtaler Stadtteils Neuenhaus strahlt wenig Vitalität aus. Leerstand und in die Jahre gekommene Fassaden prägen das Bild. Am alten Rathaus sind die Fensterläden geschlossen, das Häfner-Museum nebenan ist aufgrund von Brandschutzbestimmungen vorübergehend geschlossen. Sebastian Kurz, der Bürgermeister, findet klare Worte: „Verwahrlost und heruntergekommen“ sei die Ortsmitte des bevölkerungsmäßig kleinsten Stadtteils von Aichtal. „Sehr traurig, wie das aussieht.“

In absehbarer Zeit soll sich aber etwas tun. Das Traube-/Krone-Areal – benannt nach einstigen Wirtshäusern – soll umgebaut und aufgewertet werden. Neuenhaus bekommt eine ganz neue Mitte. Das 3.350 Quadratmeter große Gebiet am Kirchplatz wird städtebaulich neu geordnet. Nicht nur sollen mehrere Wohngebäude errichtet werden, auch soll das altherwürdige Gasthaus Waldhorn revitalisiert werden. Ein neuer Saal, etwa für Vereine, ist ebenso angedacht wie ein Einkaufsladen. 16 zentrale Flächen hat die Verwaltung sich dafür in den vergangenen Jahren gesichert. „Das ist der Glücksfall, dass wir alle notwendigen Grundstücke kaufen konnten“, sagt Sebastian Kurz.



„Wir profitieren alle von Bürgern, die sich einbringen.“

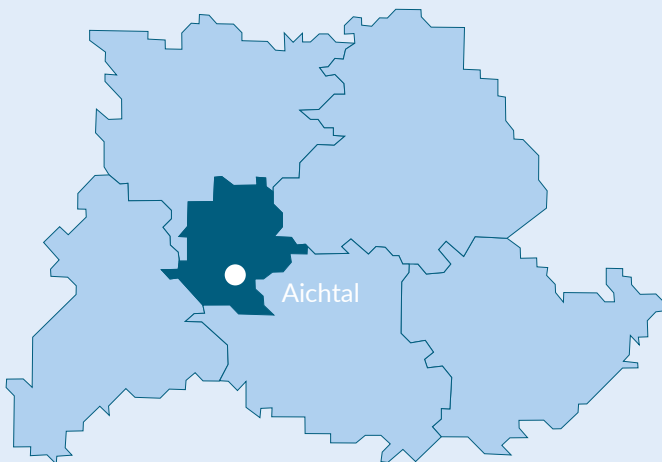
Bürgermeister Sebastian Kurz

Und die, für die das alles gemacht wird, dürfen und sollen mitreden. Rund ums Traube-/Krone-Areal ist ein umfangreicher Bürgerbeteiligungsprozess angefallen. Im Februar wurden die Menschen in einer öffentlichen Veranstaltung nicht nur über die Pläne von Verwaltung und Gemeinderat informiert, sie konnten auch Ideen einbringen und Befürchtungen äußern. Die gibt es. Einige Leute sorgen sich beispielsweise vor zu vielen Autos und steigendem Parkdruck. Um die 150 Menschen waren zur Veranstaltung gekommen, hatten diskutiert und Anregungen in vier Arbeitsgruppen festgehalten.

Warum das große Rad? „Weil das Projekt viele Vorteile für die Bevölkerung bringt, aber auch Einschnitte“, sagt Sebastian Kurz. Das Thema sei mitunter emotional besetzt, immerhin werde sich das Gesicht eines Wohnortes verändern. Da sei es an der Kommune, um Akzeptanz zu werben und das gehe nur über Transparenz. „Es kamen gute Ideen.“ Die Installation einer öffentlichen Toilette sei ebenso angeregt worden wie die von mehr Sitzgelegenheiten. „Wir profitieren alle von Bürgerinnen und Bürgern, die sich einbringen“, findet Sebastian Kurz.



Das Häfner-Museum könnte mit seiner beeindruckenden Tonwarensammlung künftig einen touristischen Anker in Aichtal schaffen. Es erzählt von der Zeit, als Töpferei ein bedeutender Bestandteil des Lebens in Neuenhaus war.



KOMMUNE IM PROFIL: Aichtal

10.466 Einwohner*innen (31.03.2024)

2.364 ha Fläche (31.12.2022)

2.661 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort (30.06.2022)

29.534 € Kaufkraft pro Einwohner*in (2021)

3.831 Auspendelnde (30.06.2022)

2.163 Einpendelnde (30.06.2022)

Quellen: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2024, eigene Berechnungen nach Kaufkraft GfK 2021



So könnte die „neue Mitte“ aussehen.

Der Rathauschef spricht im Zusammenhang mit der Ortskernsanierung von Neuenhaus von einer Jahrhundertchance: „Ich bin mittlerweile der dritte Bürgermeister, der an dem Thema dran ist“. Nicht nur erhalte das Zentrum einen frischen Look, sondern auch dringend benötigten Wohnraum. Die Nahversorgung könne ebenfalls gesichert werden, Gespräche mit dem Franchiseanbieter Tante M. liefen bereits. Das Areal liegt am laut Sebastian Kurz „sehr, sehr stark frequentierten“ Museumsradweg, der von Weil der Stadt nach Nürtingen verläuft und dabei das Tal der Aich durchquert. Mit neuer Gastronomie und dem Häfner-Museum könne man hier einen touristischen Anker schaffen. Sprich: Das Ganze ist für Aichtal enorm wichtig. Umso entscheidender sei es, dass die Bevölkerung positiv eingestellt ist.

Über 10.000 Personen leben in der Stadt, die vor bald 50 Jahren im Rahmen der Gemeindereform aus den ehemals selbstständigen Ortschaften Grötzingen, Aich und Neuenhaus entstanden ist. Aichtal ist zentral gelegen zwischen Stuttgart, Tübingen und Reutlingen, nur eine kurze Autofahrt vom Flughafen entfernt. Trotz der vielbefahrenen Bundesstraßen 27 und 312 herrscht Idylle. Die Lage zwischen Filderebene, Alb und Schönbuch animiert zum Spazieren, Radfahren und Wandern. Es gibt „enorm viele Vereine“, betont Sebastian Kurz, sowie Hallenbad, Bücherei, Naturtheater, Handel, Kitas und je eine Grundschule in jedem der drei Ortsteile. Kein Wunder also, dass Aichtal interessant für Familien ist. „Wir steigen langsam“, sagt er über die Einwohnerzahl.

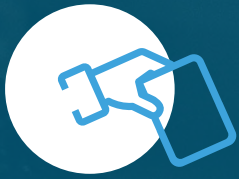
Den Ortsansässigen will Aichtal etwas anbieten. Das Gewerbegebiet Südliche Riedwiesen wächst, nahezu alle Bauplätze sind vergeben. 700 neue Jobs sollen laut Sebastian Kurz entstehen. Parallel laufen mehrere Stadtentwicklungsprojekte. Die Ortsmitte von Aich soll umgestaltet werden, der Hindenburgplatz in Grötzingen ebenso. Der neue Bildungscampus Weiherbach in Grötzingen gehört zu den Mammutprojekten. Geplant ist ein modernes Bildungs- und Betreuungsangebot für etwa 320 Kinder. Der Campus soll eine zweizügige Grundschule und eine sechsheftige Kita integrieren.

Über diese und andere Themen informiert die Kommune online. Sebastian Kurz ist das wichtig. Es sei nach seinem Wahlsieg 2020 eine seiner ersten Amtshandlungen gewesen, die Homepage zu überarbeiten. Vieles kann man in der Stadt im virtuellen Rathaus erledigen. Mit wenigen Klicks landet man beim Bürgerserviceportal. Zusätzlich gibt es eine Bürger-App und Social-Media-Auftritte. Seit Februar kommuniziert die Verwaltung auch per WhatsApp über den eigenen Kanal: „Man kann den Leuten zeigen, was im Rathaus passiert“, sagt Sebastian Kurz. 38 Jahre ist der Christdemokrat, entsprechend jung seine Art zu kommunizieren. „Ich habe bei Geburtstagsbesuchen von 80-jährigen gehört, dass sie sich extra bei Instagram angemeldet haben“, sagt er und lächelt.

Seit der Bürgerversammlung wird das Projekt Traube-/Krone-Areal vorangetrieben. Die Vorschläge der Menschen aus Neuenhaus sollen eingearbeitet werden. „Wir prüfen momentan, ob wir weitere Stellplätze schaffen können“, sagt Sebastian Kurz. Sobald das Konzept beschlossen ist, geht es auf die Investorensuche. Für alle, die sich weiter informieren möchten, hat die Stadt eine Projektseite eingerichtet. Bilder, Pläne und Analysen sind auf der Homepage der Stadt hinterlegt. Dort findet sich auch der geplante Zeitstrahl für die nächsten Schritte bis hin zum anvisierten Baubeginn 2027.

Aichtal hat viele Projekte im Blick. So viele, dass kürzlich eine neue Stelle für Stadtplanung ausgeschrieben wurde. Wie wählt man da aus, wo eine Bürgerbeteiligung angestrebt wird und wo nicht? Er will bei allen relevanten Projekten, die die Bevölkerung betreffen, diese auch einbeziehen. Das ist aufwendig und auch kostspielig. Sebastian Kurz findet indes, dass es das wert ist. „Wenn ich die Bürgerbeteiligung nicht mache und es entsteht eine Dynamik, ist es aufwendiger, das wieder einzufangen“, sagt er. Entstanden erst Gerüchte, verbreiteten sich falsche Informationen und bildeten sich aufgrund dessen Gegeninitiativen, sei das viel schädlicher. Er findet: „Es ist wichtig, dass man im Gespräch bleibt.“

//



Alle 5 Jahre

findet die Regionalwahl statt. Seit 30 Jahren gibt es diese besondere Form der direkten Mitbestimmung zeitgleich mit der Kommunal- und Europawahl in der Region Stuttgart.



80 Mitglieder

gehören der Regionalversammlung der Region Stuttgart mindestens an. Bis zu 16 Ausgleichssitze gewährleisten eine proportionale Vertretung der Landkreise.



16 Jahre

muss man mindestens alt sein, um wahlberechtigt zu sein. Außerdem nötig: die deutsche Staatsangehörigkeit und eine Mindestwohndauer von drei Monaten im Verbandsgebiet.



657 Kandidierende

stellen sich in diesem Jahr zur Wahl. Davon sind 246 Frauen und 411 Männer. Damit hat sich im Vergleich zu 2019 der Frauenanteil geringfügig um zwei Prozent erhöht.



13 Parteien und Gruppen

stehen für die Regionalversammlung 2024 zur Wahl. Zum Vergleich: drei Wahloptionen mehr als bei der Regionalwahl 2019.



1 Stimme

hat jede wahlberechtigte Person bei der Regionalwahl. Die Stimme wird für eine der aufgestellten Listen abgegeben.

VERBAND REGION STUTTGART DIGITAL

Immer up to date: mit dem neuen
Newsletter und auf Social Media



QR-Code scannen und zum
Newsletter anmelden



IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Region Stuttgart
Körperschaft des Öffentlichen Rechts
Kronenstraße 25, 70174 Stuttgart
info@region-stuttgart.org
www.region-stuttgart.org

V.i.S.d.P.

Regionaldirektor
Dr. Alexander Lahl

Redaktion

Alexandra Aufmuth (auf)

Telefon: 0711/2275915

Telefax: 0711/2275970

Autorinnen und Autoren

Intern: Alexandra Aufmuth
Simone Kubiak (Kommune im Profil)
Emely Bosawé (Daten und Fakten)
Extern: Caroline Holowiecki,
Prof. Dr. Norbert Kersting

Bildnachweis

© VRS/G. Stoppel; Alle Abbildungen außer:
Thomas Wagner (Titel und Ideen-Karte, S. 10),
VRS/F. Kraufmann (Porträt Dr. Lahl, S. 3
und Ideen-Workshop S. 10/11), Universität
Münster/URii (Porträt Dr. Kersting, S. 6),
VRS/Monica Walker (Windkraft-Veranstaltung
S. 7), Trinkhaus Fotografie (Porträt
Barbara Bosch, S. 8), Translake (Teilnehmer
Veranstaltung, S. 12), Landesamt für Geo-
information und Landentwicklung (Karte,
S. 13), Tobias Schiller (Steine/Schutt, S. 14),
Max Kovalenko (Auszählung, S. 17 und
S. 22), Ferdinando Iannone (Publikum, S. 4)

Erscheinungsweise

Drei Ausgaben/Jahr

Verteilung

Funktionsträger und Abgeordnete in Bund,
Land, Region, Kreisen, Städten und
Gemeinden; interessierte Behörden,
Verbände und Einrichtungen; Medien;
Stadtbüchereien. Weiterer Versand und
Aufnahme in den Verteiler auf Anfrage.

Gestaltung

echolot Werbeagentur GmbH
www.echolot.de

Druck

Druckhaus Stil+Find, Nellmersbach



Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion oder des Verbands Region Stuttgart entsprechen. Alle Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Eine Verwendung, z. B. Vervielfältigung, Verbreitung, die Speicherung in elektronischen Systemen, der Nachdruck und sonstige Anwendungen, unterliegen den Grenzen des Urheberrechtsgesetzes und ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers gestattet.



**Verband Region
Stuttgart**